

**Antrag 186/I/2019****KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Upload-Filter stoppen!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
2 rung werden aufgefordert, eine europaweite Regelung  
3 des Urheberrechts zu unterstützen, da die Verbreitung  
4 von Inhalten auf Plattformen im Internet keine nationa-  
5 len Grenzen kennt. Ziel muss dabei ein fairer Ausgleich  
6 zwischen den Kreativen, Nutzer\*innen sowie Online-  
7 Plattformen sein.

8  
9 Wir lehnen Maßnahmen zur Verhinderung und Verfolgung  
10 von Urheberrechtsverletzungen ab, die zu Folge hätten,  
11 dass Inhalte vorab überprüft und damit nicht oder nur  
12 zeitverzögert veröffentlicht werden. Die Verpflichtung zur  
13 Einrichtung von Inhaltsfiltern darf nicht Teil von europäi-  
14 schen Regeln sein.

15

**16 Begründung**

17 Die Europäische Union hat zum Vorteil seiner Mitglieds-  
18 staaten einen gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen.  
19 Dazu gehören auch Regelungen, die die Urheberrechte bei  
20 einer digitalen und länderübergreifenden Nutzung von  
21 geschützten Inhalten berücksichtigen („digitaler Binnen-  
22 markt“). Da die bisher geltenden Regelungen überaltert  
23 sind (Stand: 2001), hat das EU-Parlament am 12.09.2018 ei-  
24 ne neue Richtlinie („Urheberrechtsrichtlinie“) verabschie-  
25 det.

26

27 Nun beginnen die Verhandlungen zur Urheberrechtsricht-  
28 linie zwischen Europäischem Rat, Europäischem Parla-  
29 ment und Europäischer Kommission im sogenannten Tri-  
30 log.

31 Für die SPD ist klar, dass die Urheber das Recht haben, ihre  
32 Inhalte zu schützen und eine faire Vergütung zu erhalten.  
33 Verletzungen dieser Rechte müssen geahndet werden.

34 Zugleich darf dies nicht soweit gehen, dass die Freiheit al-  
35 ler Nutzer\*innen von vornherein eingeschränkt wird.

36

37 Im Koalitionsvertrag haben SPD und Union daher festge-  
38 halten: „Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz  
39 von Upload-Filtern, um von Nutzern hochgeladene Inhalte  
40 nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, leh-  
41 nen wir als unverhältnismäßig ab.“

42 Die Verhandlungsposition der Bundesregierung muss die-  
43 se Vereinbarung widerspiegeln, damit keine Richtlinie ver-  
44 abschiedet wird, die Upload-Filter enthält.

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 189/I/2019 (Konsens)**